

V.2: REVIEWS

- **Peter Kuckuk (ed.): Die Revolution 1918/19 in Bremen. Aufsätze und Dokumente [The Revolution of 1918/19 in Bremen. Essays and Documents], Bremen, Edition Temmen, 2010. 230 pp. (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens. 27). – ISBN 978-3837810011.**
- **Gerhard Engel: Johann Knief. Ein unvollendetes Leben [Johann Knief. An Incomplete Life], Berlin, Karl Dietz Verlag, 2011. 455 pp. (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 15). – ISBN 978-3320022495.**

Ottokar Luban
Berlin, Germany

Bremen war vor und nach Kriegsausbruch 1914 wie in den Revolutionsmonaten 1918/19 eine Hochburg der linksozialistischen Arbeiterbewegung, die schon mehrfach Gegenstand historiografischer Abhandlungen gewesen ist. Zu diesem Themenbereich wurde neuerdings ein von **Peter Kuckuk**, einem renommierten Kenner der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung herausgegebener inhaltsreicher **Konferenzband** sowie die Biografie über einen der Hauptakteure vorgelegt.

Im ersten Beitrag des Konferenzbandes gibt Peter Brandt unter dem Titel „Der historische Ort der deutschen Revolution von 1918/19“ den Rahmen für die anschließenden regional ausgerichteten Beiträge. Dabei stellt Brandt für die Novemberrevolution drei charakteristische Hauptaspekte heraus: „Endpunkt jahrzehntelanger Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen, spontane Volkserhebung zur Beendigung des faktisch schon verlorenen Krieges und sozialdemokratisch geprägte Klassenbewegung mit antikapitalistischer Tendenz.“ (13) Die ursprünglich von Artur Rosenberg begründete und später in der Forschung oft aufgegriffene Hypothese, mit der Verfassungsreform von Ende Oktober 1918 wäre bereits alles Wesentliche in Richtung Frieden und Demokratisierung erreicht worden, stellt Brandt in Frage: Der Friedensschluss wäre „noch keineswegs gesichert“, und „die Machtstellung der Militärs im Reichsinnern [...] nicht beseitigt“ gewesen. „Die Reform hätte bei Änderung der militärischen oder politischen Konjunktur [...] zurückgenommen werden können; erst der Umsturz vom November 1918 hat diese Möglichkeit definitiv ausgeschlossen.“ (22) Brandt weist auf den europäischen Kontext für die deutsche Entwicklung hin, vor allem, dass in anderen Ländern Europas ähnliche soziale Bewegungen zu beobachten waren wie in Deutschland (z. B. 21).

Eine – ohne weitere Erläuterung – verwendete Formulierung Brandts „Von der Parteimehrheit spaltete sich – endgültig Ostern 1917 – die USPD ab...“ (19) ist zumindest diskussionswürdig. Denn die Opposition innerhalb der SPD verließ die Partei nicht, sondern wurde ausgeschlossen, weil sie eine konsequente antimilitaristische Politik entsprechend den vor dem Weltkrieg gefassten Beschlüssen der Partei und der Internationale forderte. Während der rechte Parteivorstand eigene Separatzusammenkünfte der Rechten wie in

Berlin den Leserklub „Vorwärts“ nicht nur tolerierte, sondern aktiv unterstützte, wurde dagegen eine Konferenz der Opposition im Januar 1917 als Anlass zum Ausschluss genommen. Eine weitere Wertung Brandts, dass „sich die Vorbereitungen der bewusst revolutionären Gruppen auf den Aufstand als meist wenig bedeutsam für den Verlauf der Umstürzbewegung“ erwiesen hätten (22), trifft gerade für die für die Revolution entscheidenden Ereignisse in Berlin nicht zu, wo Dank der Vorbereitungen der „Revolutionären Obleute“ und der schnellen Vorverlegung des Aufstandsplanes auf den 9. November 1918 auch in der Reichshauptstadt die Revolution siegreich durchgeführt werden konnte.

In einem Wiederabdruck einer informationsdichten Studie von 1986, „Bremen vor der Revolution“, skizziert Peter Kuckuk die Entwicklung der Arbeiterbewegung sowie die Entstehung der Massenbewegungen in der Hansestadt in der Vorkriegszeit und während des Weltkrieges bis zur Novemberrevolution. Die Darstellung besticht durch die realistische Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse sowohl im Allgemeinen als auch innerhalb des Proletariats. Kuckuk hebt hervor, dass bis Kriegsende die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen einer kleinen Oberschicht lag, abgesichert durch ein vollständig undemokratisches Acht-Klassen-Wahlrecht (39 f.) Als eigentlich revolutionäres Potential kann nur die Arbeiterschaft im Maschinen- und Fahrzeugbau wie auf den Werften gerechnet werden, mit 28.500 Personen nur eine Minderheit in der Gesamtarbeiterschaft von 73.100 (38). Bereits vor dem Weltkrieg gehörte die Bremer SPD-Organisation überwiegend zur Parteilinken (43). Kein Wunder, dass in der Kriegszeit die Mehrheit bei USPD und Linksradiكالen lag (44). Kuckuk schätzt die Zahl der durch Verhaftungen und strafweise Einberufungen zum Militär geschwächten Bremer Linksradiكالen vor der Novemberrevolution auf 500 bis 1.000, den Kreis der führenden Aktivisten auf ca. 50 Personen, gibt aber nur einmal einen zeitlichen Bezug an (47). Wenn Kuckuk meint, dass diese Zahlen von keiner anderen linksradikal Gruppe in Deutschland erreicht worden seien (ebd.), so vergisst er allerdings die zur Spartakusgruppe zu rechnende Groß-Berliner sozialdemokratische Wahlkreisorganisation Teltow-Beeskow-Storkow-[Berlin-]Charlottenburg und die revolutionären Betriebsobleute um Richard Müller und Emil Barth in Berlin.

In einem zweiten Aufsatz zum Thema „Revolution, Rätebewegung und Räteherrschaft“ beschränkt sich Kuckuk unter Hinweis auf seine an anderer Stelle veröffentlichte ausführlichere Studie auf einen Abriss der Ereignisse vom November 1918 bis Frühjahr 1919. Der Beitrag verdeutlicht trotz der relativen Kürze den Aufstieg und Rückgang der revolutionären Bewegung in Bremen auch in vielen Einzelheiten. Kritisch vermerkt der Autor, dass trotz der Ende Januar 1919 erfüllten Forderungen der Reichsregierung durch den Bremer Arbeiter- und Soldatenrat sowohl die führenden Bremer Mehrheitssozialdemokraten wie die MSPD-Reichregierung den bewaffneten Kampf und die militärische Niederwerfung der linken Arbeiterschaft in Bremen durch Freikorpsstruppen herbeiführten (76, 78). Gleichfalls kritisiert Kuckuk die ultralinken Tendenzen bei den Bremer Linksradiكالen, die nach seiner Meinung – bei Weiterbestehen des Arbeiter- und Soldatenrates – mittel- oder langfristig zu einem Auseinanderbrechen der Räteregierung aus USPD und Linksradiكالen geführt hätten (82).

Von großem Interesse dürften die anregenden Überlegungen Kuckuks zur gesellschaftlichen Basis des bis Anfang November 1918 die Macht ausübenden Senats im Vergleich mit der Basis der Räteregierung sein. Infolge des Acht-Klassen-Wahlrechts bestimmten „2.038 Wähler der privilegierten Schichten“ die Zusammensetzung der Bürgerschaft und damit des Senats, so dass nach Kuckuk dieses Regierungssystem „als Diktatur der Bourgeoisie, genauer: der Großbourgeoisie“ gekennzeichnet werden könnte, wobei dieses diktatorische

Regime vorgab, „im Interesse aller zu wirken.“ (84) Letzterer Anspruch wurde von den Arbeiter- und Soldatenräten, die hauptsächlich von Arbeiterinnen und Arbeitern, z. T. auch von Angestellten, gewählt worden waren, nicht erhoben; „sie verstanden ihre Funktion gerade als Herrschaftsausübung gegen die früher Herrschenden im Interesse der bisher Unterdrückten.“ (ebd.) Ohne dass der Autor dies ausspricht, wird bei diesem Vergleich deutlich, dass die Räteregierung bei einer Gesamtarbeiterschaft von 73.100 (38) gegenüber dem nach dem Acht-Klassen-Wahlrecht zustande gekommenen Senat durchaus eine demokratische Legitimation aufzuweisen hatte.¹

Eine die Grenzen der unterschiedlichen sozialistischen Parteien überwindende Basisbewegung wird in dem Beitrag des inzwischen verstorbenen Historikers Ulrich Albert über den hauptsächlich im Frühjahr 1919 wirkenden 21er-Ausschuss (Betriebsvertrauensleute von MSPDP, USPD und KPD) dargestellt. Albert zeigt auf, dass auch nach dem Ende der Räteherrschaft in den Bremer Betrieben von der Basis her gemeinsame Anliegen – vor allem die Freilassung der politischen Gefangenen – von den Vertrauensleuten aller drei Arbeiterparteien kraftvoll vorgetragen und sogar gegen den mehrheitssozialdemokratischen Senat durchgesetzt werden konnten. Dabei scheuten sich die MSPD-Basisvertreter in den Fabriken nicht, gegen die Senatsvertreter der eigenen Partei aufzutreten. Ein ganz anderes Bild der Rätebewegung von 1918/1921 ergibt sich für die Unterweserstädte Bremerhaven, Geestemünde und Lehe, wie einem weiteren Aufsatz von Kuckuk (ein Wiederabdruck von 2006) zu entnehmen ist. Hier waren die Arbeiterräte wesentlich moderater als in Bremen. Die Arbeiterratsdelegierten der beiden sozialdemokratischen Parteien wirkten meist harmonisch zusammen (161 f.). Ausgerechnet der Soldatenrat, in anderen Städten und Regionen fast immer auf Seiten der gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten, nahm hier eine entschiedene, aktive, zeitweise radikale Rolle ein (162). Z.B. sorgte er nicht nur konstruktiv für die Verbesserung der Versorgungslage durch Einsatz der vorher für Kriegszwecke verwendeten Fischdampfer für den Fischfang, sondern verlangte auch die Sozialisierung der gesamten Fischereiindustrie (147-149). Der Vorsitzende des Soldatenrates soll sogar nach einem Zeitungsbericht als Zielsetzung „nicht die demokratische Republik von Geldsacks Gnaden, [sondern] die sozialistische Republik von des Proletariats eigenen Gnaden“ (152) proklamiert haben.

Gelungene biografische Skizzen über Johann Knief und Charlotte Kornfeld veranschaulichen den Einfluss des führenden Kopfes der Linksradiكالen und den Anteil seiner Lebenspartnerin und Helferin daran, wobei die Autoren Gerhard Engel bzw. Karin Kuckuk auf ihren profunden „Voll-Biografien“ fußen können.² Es verwundert, dass es bisher noch keine Biografie eines weiteren Bremer Hauptakteurs gibt, nämlich von Alfred Henke, Reichstagsabgeordneter und Chefredakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Bremen bzw. der Bremer Räteregierung. Zweifellos ist dies ein dringendes Forschungsdesiderat.

Zwei zeitgenössische Berichte von nicht aktiv an den revolutionären Aktionen beteiligten Augenzeugen bereichern den Band durch ihre unorthodoxe Betrachtungsweise: Zum einen der des pazifistisch-utopischen Sozialisten Carl Emil Uphoff aus Woppswede bei Bremen

¹ Ein Flüchtigkeitsfehler bei einer Datierung: Der 1. Reichsrätekongress in Berlin mit dem Beschluss zugunsten der Wahl zur Nationalversammlung fand nicht im November, sondern im Dezember 1918 statt (65).

² Karin Kuckuk: Im Schatten der Revolution. Lotte Kornfeld. Biografie einer Vergessenen. 1896-1974. Mit einem Geleitwort von Hermann Weber, einem Beitrag von Peter Kuckuk und einem Briefroman Lotte Kornfelds, Bremen, Donat, 2009. Siehe die Rezension in *INCS* (2010), 22, S. 131-133.

(verfasst ca. am 20. Januar 1919) und zum anderen der des Schriftstellers Edwin Koenemann, ebenfalls aus Worpsswede (veröffentlicht im „Kreisblatt für den Kreis Osterholz“ vom 27. April 1919). Dokumente, Plakate und Fotos illustrieren nicht nur den Band, sondern geben auch erweiternde inhaltliche Hinweise. Dem Herausgeber Peter Kuckuk ist es mit diesem vorzüglich zusammengestellten und edierten Konferenzband gelungen, ein informatives Bild der Arbeiterbewegung in Bremen und Umgebung während der Kriegs- und vor allem der Revolutionszeit mit all ihren vielfältigen Aspekten und speziellen Problemen zu geben.

Die **Johann-Knief-Biografie von Gerhard Engel** ist das Ergebnis langjähriger sorgfältiger Quellenstudien. E. hatte bereits 1967 als junger DDR-Historiker eine – trotz der in der DDR üblichen ideologischen Vorgaben – wissenschaftlich hochwertige Dissertation über die ideologische Entwicklung Kniefs und später eine von ihm eingeleitete komplette Edition der von Knief ab Sommer 1916 herausgegebenen Wochenzeitung „Arbeiterpolitik“ vorgelegt und damit ein wichtiges Dokument des deutschen Linksradikalismus allgemein verfügbar gemacht. Eine ganze Reihe von weiteren Arbeiten über Knief folgten, sowohl vor wie nach der politischen Wende von 1990. Engel untersucht die Entwicklung des führenden Linksradikalen äußerst gründlich und arbeitet dabei auch Kritikpunkte heraus. Gleichzeitig versteht es der Autor, historische Ereignisse und die biografische Entwicklung besonders lebendig darzustellen. Das betrifft sowohl den individuellen als auch den ereignis- und auch den ideengeschichtlichen Bereich. Die Probleme von Kniefs Privatleben – das Liebesverhältnis des Familienvaters Knief zu Charlotte Kornfeld, eine intellektuell-politische „Amour Fou“, die bald zu einer Lebenspartnerschaft wurde – werden mit großem Feingefühl behandelt. Ohne den Focus von der Biografie des Protagonisten abzuwenden, ist dieses biografische Werk gleichzeitig eine Geschichte der Bremer Sozialdemokratie, der Entwicklung ihrer die Mehrheit stellenden Linken und Linksradikalen, ihres Einflusses auf andere linksradikale Gruppen in Deutschland und die revolutionäre Arbeiterjugend, ihrer Verbindung zur Zimmerwalder Linken, und nicht zuletzt auch, da Knief zunächst als Lehrer tätig war, eine Geschichte der Bremer Schule vor dem Ersten Weltkrieg.

In der Weimarer Zeit hätte sich der Pädagoge Knief wahrscheinlich zu einem noch heute bekannten Schulreformer entwickelt. Aber die in der Hansestadt Bremen strikt obrigkeitshörige Atmosphäre in der Verwaltung und an den Schulen ließ keine pädagogischen Initiativen zu. Entsprechende Versuche von Knief und gleichgesinnten Lehrern scheiterten. So nutzte er ein Angebot des Chefredakteurs der „Bremer Bürger-Zeitung“ Alfred Henke, die Stelle des zweiten politischen Redakteurs anzutreten. Da Henke 1912 Reichstagsabgeordneter wurde, hatte Knief, mit Henkes vollem Vertrauen versehen, häufig dessen Vertretung wahrzunehmen. „Kniefs politische und theoretische Autoritäten waren Anton Pannekoek und Karl Radek.“ (123) Deren Artikel erschienen häufig in der „Bremer“, waren aber auch oft in anderen SPD-Zeitungen zu lesen. Engel schildert eingehend sowohl das politische wie das menschliche Verhältnis Kniefs zu den beiden Publizisten. Ausführlich beschreibt der Autor die Auseinandersetzungen in der SPD um Radek in den Jahren 1912/13, die aus Kontroversen in der polnischen Sozialdemokratie heraus, mit Leo Jogiches und Rosa Luxemburg als treibende Kräfte, entstanden waren. Hier setzte sich Knief jederzeit für Radek ein. Wohl aus Sprachgründen hat Engel hierbei die ausführliche französische Karl-Radek-Biographie von Jean-François Fayet aus dem Jahre 2004 nicht mit heranziehen können.

Knief wurde sofort nach Kriegsausbruch zum Militär gerufen und kam bald an die Westfront. Aus dieser Zeit sind viele Karten und Briefe des Protagonisten überliefert. Er geriet mit seiner Truppe in einen heftig umkämpften Frontabschnitt vor Paris und erlebte dort das Grauen des

Krieges. Hatte er bereits 1908 an einer Nervenerkrankung gelitten, so kam es nunmehr trotz der auch ihn erfassenden Abstumpfung durch den Kriegsalltag Mitte Oktober 1914 zu einem schweren Nervenzusammenbruch, der zu einer Einweisung in ein Bremer Spital führte. Tatsächlich war Knief nur noch ein Nervenbündel, wie seine Frau bei ihren Besuchen feststellen musste (202). Erst Ende Dezember 1914 kam es zu einer relativen Besserung. Zwar war Knief im April 1915 militärisch dienstuntauglich erklärt worden, doch er wusste, dass die Militärbehörden ihn trotzdem durchaus wieder einberufen konnten (222), was diese auch prompt im September 1915 erneut versuchten, wegen einer ärztlichen Krankenhauseinweisung allerdings wiederum vergeblich. Ab Oktober 1915 war Knief wieder relativ kontinuierlich parteipolitisch und journalistisch aktiv, allerdings immer wieder beeinträchtigt durch Beinahe-Zusammenbrüche. Gleichzeitig hing das Damoklesschwert einer Einberufung bis zu seinem Untertauchen in die Illegalität im Mai 1917 weiterhin über seinem Haupt.

Engel beschreibt ausführlich Kniefs politische Aktivitäten, die dazu führten, dass Bremen zu einem Zentrum des Linksradikalismus wurde und die bisherige Führungsfigur Alfred Henke dauerhaft – jedenfalls in der Zeit von Kniefs Anwesenheit – in eine Minderheitsposition geriet. Knief drängte auf klare Abgrenzung der linken von zentristischen und rechten Positionen und wusste, dass er damit zur Polarisierung beitrug, auch in Richtung der Gruppe Internationale um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring (253-255), an deren Reichskonferenz am 2. Januar 1916 er teilnahm. Dabei fiel den Gesinnungsgenossen Kniefs schlechter Gesundheitszustand auf (255). Die von Engel nicht angeschnittene Frage ist, ob das kaputte Nervenkostüm und die jederzeit drohende Einberufung nicht zur Radikalisierung Kniefs beigetragen hat. Dafür spricht, dass Knief sich bei seiner Kritik an Henkes politischer Haltung in persönliche Vorwürfe hineinsteigerte. Im Gegensatz dazu machte der eigentlich für seine ätzenden Polemiken bekannte Karl Radek in seinen Briefen aus der Schweiz an Henke zwar seine konträren Auffassungen deutlich, wurde aber dabei nicht persönlich verletzend gegenüber seinem früheren Chefredakteur aus der Vorkriegszeit (277 f.). In der Auseinandersetzung mit Henke 1916 in der Bremer Parteiorganisation entwickelte Knief bereits die Vorstellung von drei sozialdemokratischen Parteien. „Die Dreiteilung der Sozialdemokratie prägt sich hier ganz klar aus. So muss es weitergehen.“ – so zitiert Engel aus einem Brief Kniefs, den dieser im Juni 1916 an seinen Freund Rudolf Franz geschrieben hatte (272).

Ende August 1916 erhob Knief erstmals in der von ihm seit Juni 1916 herausgegebenen Wochenzeitung „Arbeiterpolitik“ die Forderung nach Gründung einer linksradikalen sozialistischen Partei (283). Bis zu seiner Verhaftung Ende Januar 1918 versuchte er, alle ihm zur Verfügung stehenden organisatorischen und publizistischen Hebel in Bewegung zu setzen, um bei dem sich abzeichnenden und dann im April 1917 sich realisierenden Spaltungsprozess in der Sozialdemokratie alle Linksradikalen in einer getrennten Partei zusammenzufassen statt sich an der heterogenen linken Sammelpartei USPD zu beteiligen, wie es die Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und die meisten ihrer Anhänger bei gleichzeitiger Autonomie für das eigene Handeln taten. Bei der Schilderung dieses Entwicklungsprozesses hätte Engel auf die bereits im September/Oktober 1916 sich abspielende heftige Auseinandersetzung zwischen dem Spartakusführer Leo Jogiches und den Chemnitzer Spartakusgenossen Heinrich Brandler und Fritz Heckert über die Zusammenarbeit der beiden Gruppierungen – Bremen und Spartakus – hinweisen sollen, zumal die beiden relevanten Briefe noch in Archiven von Berlin und Moskau vorhanden sind.

Letztendlich scheiterte Knief mit seinem Plan einer linksradikalen Partei. Mitte und Ende 1917 ließ die Politische Polizei die von den Bremern zwecks Parteigründung initiierten

Zusammenkünfte kleiner Personengruppen aus verschiedenen Orten des Reiches aufliegen. Durch Kniefs Abtauchen in die Illegalität im Mai 1917, seine Festnahme Ende Januar 1918 und die Verhaftungswelle bei der revolutionären Arbeiterjugend wurde die Bremer Linksradiakalenbewegung weiter geschwächt. Im Gegensatz zu Knief wollte die Spartakusgruppe in der SPD bzw. ab April 1917 in der USPD verbleiben, um diese weiter nach links zu treiben und möglichst zumindest ideologisch die Führung zu übernehmen. Dadurch würde der Kontakt zu den proletarischen Massen aufrecht erhalten bleiben. Dagegen würde eine linksradikale Partei größtmäßig nur eine Sekte darstellen und kaum Kontakt, Zugang und Einfluss auf die Arbeiterschaft haben. Vor allem herrschte bei den verschiedenen Linksradiakalen der Bremer Richtung eine „Konfusion in der Organisationsfrage“ (304). Ein unklares Konzept einer weitgehend führerlosen Partei wurde in unterschiedlichen Varianten vertreten (304-306). Besonders schreckte die Parole von der Einheitsorganisation von Partei und Gewerkschaft (304) viele linke Basis-Gewerkschafter ab und war für die Spartakusgruppe nicht akzeptabel. Letztere wurde von Knief in einem Brief vom 17. Juni 1917 unter Ignorierung des basisdemokratischen Konzeptes Rosa Luxemburgs als „eine reine Führerbewegung nach altem Muster“, also nach dem Muster der SPD-Bürokratie, gekennzeichnet (311).

Eine Personenverwechslung unterläuft Engel auf S. 297: Bei dem auf einem internen Treffen in Berlin am 16. Februar 1917 von Knief mit dem Leiter der Spartakusgruppe Leo Jogiches anwesenden weiteren Teilnehmer namens Hammer handelt es sich nicht um Arthur Hammer aus Essen, sondern um den Redakteur der „Volksstimme“ (Frankfurt) Gustav Hammer, geb. 21.4.1881, Vorsitzender des Freidenkerverbandes Frankfurt, der als „Unterschlupf“ für die Frankfurter linksradikalen Oppositionellen, auch der Arbeiterjugend, diente. Gustav Hammer vertrat wie Knief linksradikale Positionen, wurde deshalb als Redakteur entlassen.

Mit der Verhaftung am 30. Januar 1918 und der anschließenden Schutzhaft in Berlin war Knief vollständig von der politischen Bewegung abgeschnitten. Nach seiner Befreiung im Zuge der revolutionären Ereignisse im November 1918 – Datum und die genaueren Umstände sind unbekannt – verbrachte er erstaunlicherweise erst einmal bis zum 15. November 1918 einige inaktive „Studientage“ in Berlin, ohne – was nahe gelegen hätte – Kontakt zur Spartakusgruppe aufzunehmen (366). Anschließend hielt sich Knief kurz in Dresden zu Besprechungen mit dem vormaligen Reichstagsabgeordneten Otto Rühle und der dortigen Linksradiakalen-Gruppe auf. Diese leitete nunmehr im Einvernehmen mit Knief Schritte zur Gründung einer linksradikalen Partei ein (368).

Ab 18. November griff Knief wieder in das revolutionäre Geschehen Bremens ein. „Rastlos, ohne Ruhepause, bis zur physischen Erschöpfung nahm er ein gigantisches Arbeitspensum in Angriff, das journalistische und publizistische Arbeiten, die Herausgabe einer Tageszeitung, Agitation und Kundgebungen, Vorträge und Konferenzen auch außerhalb Bremens [...] einschloss.“ (370) Wie in der Kriegszeit kämpfte Knief gegen Henke, der in Abwesenheit Kniefs während der ersten Revolutionstage die führende Stellung in den Bremer Revolutionsgremien eingenommen hatte. Knief drängte nunmehr auf einen radikalen sozialistischen Kurs. Doch sowohl die Arbeiter der Bremer Atlas-Werke, die Oldenburger Soldatenräte wie die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Nordwestdeutschlands unterstützten Knief nicht (376, 378 f.) Es zeigte sich, „dass Kniefs revolutionärer Optimismus bestenfalls von den Arbeiterräten der Weser-Werft gestützt und von den Mitgliedern der starken bremischen Gruppe der IKD [Internationale Kommunisten Deutschlands] geteilt wurde.“ (378) Dennoch ließ sich Knief nicht entmutigen und nutzte kurz nach seinen Niederlagen einen Lohnstreik auf der Weser-Werft, unterstützte dabei die Arbeiter

wirkungsvoll und erfolgreich und konnte sie für einen politischen Demonstrationstreik am 29. November gewinnen mit dem Endergebnis, dass der unter dem Druck der Massen stehende Arbeiter- und Soldatenrat – am Ende eines langen Sitzungstages bereits stark dezimiert – einen Teil der linksradikalen Forderungen annahm (381-386).

Auf Reichebene kam Knief seinem Ziel einer linksradikalen Partei näher. Vom 15. bis 17. Dezember traf sich in Berlin eine Reihe von aus verschiedenen Orten kommenden Vertretern der „Internationalen Kommunistischen Partei Deutschlands“ (IKD), die eine „Grundsätzliche Erklärung“ verabschiedete, in der die „unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus“ proklamiert wurde (398). Kritisch bemerkt Engel zu diesem Programm, das nicht von Knief, sondern von der IKD Dresden eingebracht worden war: „Kniefs deutliche Tendenz zu einer die Kräfteverhältnisse verkennenden sektiererischen und elitären Politik gegenüber den Massen, für deren Interessen vor allem die Kommunisten handeln sollten, wurde in dieser Nahzielerklärung und auch in den weiteren Beschlüssen der Konferenz noch übertroffen.“ (399) Auf einer weiteren Reichskonferenz der IKD am 24. Dezember in Berlin kam es – in Anwesenheit Karl Radeks als Vertreters der Bolschewiki – zu einer Bereitschaftserklärung für die Bildung einer gemeinsamen Partei mit dem Spartakusbund, aber auch zu einem Beschluss für den Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung, obwohl Knief für die Wahlbeteiligung plädiert hatte. Da in der Bremer IKD-Organisation, die ebenfalls mehrheitlich den Wahlboykott beschlossen hatte, das Prinzip des gebundenen Mandats galt, nahm Knief deshalb kein Mandat zur Teilnahme am Gründungsparteitag der KPD an. Knief erlebte also die von ihm seit 1916 so intensiv angestrebte Gründung einer linksradikalen Partei nicht persönlich mit, begrüßte sie aber selbstverständlich „enthusiastisch“ in der Bremer IKD-Zeitung „Kommunist“ (410). Seit dem Jahresende 1918/19 war Knief wegen einer zunächst unentdeckt gebliebenen und dann zu spät operierten Blinddarmentzündung nur noch ganz kurze Zeit politisch und bald auch nicht mehr journalistisch aktiv. Im Alter von knapp 39 Jahren verstarb er am 6. April 1919.

Die Johann-Knief-Biografie von Gerhard Engel zeichnet sich durch eine hohe Informationsdichte, durch jegliches Fehlen einer Heroisierung oder Schönfärberei sowie durch eine professionell distanzierte, aber gleichzeitig verständnisvolle Haltung gegenüber der portraitierten Hauptperson aus. Dabei kritisiert Engel durchaus auch Kniefs „elitäre Vorstellung“ über die Rollen von Führern und proletarischen Massen im revolutionären Prozess. Dieser habe geglaubt, „ein Vortrupp, gegebenenfalls eine Minderheit, könne ohne Zwischenstufen und direkt eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen.“ (375) Der Autor bewertet anhand einer Broschüre Kniefs von Mitte Dezember 1918 zusammenfassend dessen politische Konzeption: „Der Blick auf Bremen und die relativ wenigen anderen Hochburgen der Linksradikalen verstellte Knief den Blick auf Realitäten. Er überschätzte ihren Einfluss auf das revolutionäre Gesamtgeschehen. Das damit verbundene Fehlurteil verband sich mit der Knief eigenen politischen Ungeduld und Kompromisslosigkeit. Diese Verbindung führte ihn zu der Hoffnung, innerhalb weniger Wochen eine proletarische Revolution zum Siege führen zu können. Noch ehe stabile bürgerlich-demokratische und antiimperialistische Umwälzungen vor sich gegangen waren, erklärte er deshalb die proletarische Revolution zur Tagesaufgabe. Er kreierte die frühe Variante einer ‚Offensivtheorie‘ in der Geburtsstunde der politische Organisation deutscher Kommunisten.“ (397)